

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg



Außerdem in dieser Ausgabe:

Der Lauf der Flüsse

Lärm über Berlins Süden

Fiskalpakt rüttelt an der Demokratie

Spitzengespräch ohne DIE LINKE

Linker Vorsitz bei der Kinderkommission



DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Bundestagsreport 08 / 2012
der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

Linke übernimmt Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages..... von Diana Golze	Seite 04
Flüsse scheren sich nicht um Grenzen..... von Sabine Stüber	Seite 06
Ruhe in der Nacht..... von Kirsten Tackmann	Seite 08
Die rote Linie..... von Wolfgang Nešković	Seite 10
Röttgen sucht Endlager und grenzt DIE LINKE aus.... von Dr. Dagmar Enkelmann	Seite 12
Pressemitteilungen.....	Seite 14
Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 24
Reden	Seite 34
Kontakt	Seite 35
Impressum	Seite 36

von Diana Golze

Linke übernimmt Vorsitz der Kinderkommission des Deutschen Bundestages

Die Kinderkommission ist ein besonderer Ausschuss des Bundestages – und das in jeder Hinsicht.

Anders als in anderen Ausschüssen, entsendet jede Fraktion nur ein Mitglied und Entscheidungen können hier nur einstimmig beschlossen werden. Man muss also miteinander ringen, sich untereinander verständigen und aufeinander zugehen. Eine weitere Besonderheit ist aber auch, dass jede Fraktion im Laufe einer Legislaturperiode den Vorsitz der Kinderkommission übernimmt und darüber hinaus auch die Inhalte der Arbeit für diesen Zeitraum, der 9 Monate beträgt, bestimmt.

Am 25.04.2012 übernahm das Mitglied der Kinderkommission Diana Golze für die Fraktion DIE LINKE nun die Arbeit als Vorsitzende und stellte in einer Pressekonferenz ihre Vorhaben vor.

Es ist ein großes Paket, in welches Diana Golze für die erste Hälfte die Frage nach der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen gepackt hat. Ein Thema, dass bereits während ihrer ersten Vorsitzzeit in der letzten Wahlperiode eines der Schwerpunktthemen war. Grund genug, genauer zu schauen, was sich für Kinder und Jugendliche in den letzten vier Jahren verändert hat, wie sich ihre soziale Situation entwickelt hat. Und die Chance, Wege aus schweren sozialen Lagen zu finden, nach Mitteln zu suchen, wie die Gesellschaft und vor allem die Politik ihrer Aufgabe gerecht werden kann, Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Förderung und Unterstützung zu geben.

Viele Fachgespräche mit Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen werden hierzu stattfinden. Gespräche, in denen nicht nur Fehleranalyse betrieben, sondern nach notwendigen Veränderungen in der Gesetzgebung aber auch in der Umsetzung von Gesetzen gesucht werden soll. Die Kinderkommission will zudem Einrichtungen besuchen, die sich mit Kindern und Jugendlichen in schweren sozialen Lagen beschäftigen und versuchen, dringend notwendige Unterstützung zu geben. Darüber hinaus soll es auch eine öffentliche

Anhörung mit dem Thema „Was braucht ein Kind?“ geben.

Der zweite Schwerpunkt dieser Vorsitzzeit wird die Frage nach Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sein. Während im ersten Teil Auswirkungen von Armut auf die unterschiedlichen Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen beleuchtet werden sollen, stehen hier die rechtlichen Grundlagen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt. Welche Beteiligungsformen sind wichtig, welche ausbaufähig, welche dringend verbesserungswürdig? Auch die Frage, wie sich Kinder und Jugendliche überhaupt eingebunden sehen und auf welcher Ebene sie sich nicht nur mehr Gehör wünschen, sondern auch aktive Gestaltungskraft, soll eine Rolle spielen. Unter diesem Fokus wird es Gespräche mit unterschiedlichen Akteur/innen, Wissenschaftler/innen und Verbänden geben. In der öffentlichen Anhörung zu diesem Bereich wird die Frage: „Woran erkennt man eine kinder- und jugendfreundliche Kommune?“ diskutiert werden.

Über all den verschiedenen Themen aber steht die Grundaussage, dass es um die Belange aller Kinder und Jugendlichen geht. Diana Golze unterstrich in der Pressekonferenz noch einmal deutlich, dass sich die Kinderkommission nicht nur für Kinder, sondern für „alle Menschen unter 18 Jahren“ verantwortlich fühlt.

FLÜSSE SCHEREN SICH NICHT UM GRENZEN

von Sabine Stüber

Es fließt viel Wasser die deutschen Flüsse hinunter, und Brandenburg hat besonders viele Gewässer. Flüsse sind von jeher Lebensadern, die oft über die Maßen geschunden wurden. Im Ergebnis sind die Flüsse heute, trotz der Bemühungen der letzten Jahre, in einem schlechten Zustand. Wasser ist aber für uns eine lebensnotwendige Ressource, die wir heute und zukünftig in einem guten Zustand benötigen. Das geht nicht von alleine. Ohne gesetzliche Regelungen steigen Verbrauch und Verschmutzung immer weiter.

Die Europäische Union hat deshalb ein Gesetz, die EU-Wasserrahmenrichtlinie, verabschiedet. Danach sollen alle europäischen Gewässer bis 2015 in einen „guten ökologischen Zustand“ gebracht werden. Schon jetzt ist klar, das ist nicht zu schaffen. Und es ist im Moment auch müßig, über die Gründe zu debattieren. Denn wir landen sehr schnell wieder bei dem Problem der Klientelpolitik und dem ungenügenden politischen Willen gegenüber Lobbyisten.

Schauen wir also, was wir haben: die Wasserrahmenrichtlinie. Ein Grundgedanke dabei ist, dass die Gewässer nach ihren Einzugsgebieten bewirtschaftet werden. Die gesamten Flächen, deren Oberflächenabfluss über einen Strom und seine Nebenflüsse in Richtung Meer fließt, gehören zum Einzugsgebiet oder – europäisch – zur Flussgebietseinheit.

Brandenburg gehört zu den beiden internationalen Flussgebietseinheiten Elbe und Oder, unseren beiden größten brandenburgischen Flüssen. Sowohl die Elbe als auch die Oder sind über weite Strecken in Großschutzgebiete eingebettet. Hier sind sie naturnahe Flusslandschaften mit Auen und Überflutungsflächen, in denen sich die Artenvielfalt verbessert hat und sich das Hochwasser, ohne große materielle Schäden zu verursachen, ausbreiten kann. Die Auenlandschaft ist ein natürlicher Hochwasserschutz.

Trotzdem gab es an beiden Flüssen in den letzten 15 Jahren so genannte Jahrhunderthoch-

wasser. Und spätestens seit dem ist allen klar, dass nur gemeinsames Handeln der Schlüssel zum Erfolg sein kann. Flüsse scheren sich nicht um Grenzen, weder zwischen Bundesländern, noch zwischen Staaten. Da muss, bei allem was getan wird, der ganze Fluss in den Focus genommen werden, von der Quelle bis zur Mündung. Das bedeutet viel Abstimmung und Koordination für ein übergeordnetes Ziel: Schutz der Ressource Wasser und der Artenvielfalt in Flusslandschaften und damit weiterhin ein bezahlbarer Hochwasserschutz. Dafür müssen Kompromisse gefunden werden zwischen allen Anrainern mit ihren manchmal existenziellen Interessen.

Verschiedenste Gremien auf Länder- und Bundesebene arbeiten daran. International gibt es Vorstellungen. Nach einer Beratung zur Globalen Wasserpolitik, den ersten Petersburgern Gesprächen, klingt deren Empfehlung einer Version, dass Anliegerstaaten von Flüssen eine kooperative Nutzung der Flussläufe mit gemeinsamen Zielen vereinbaren, vielversprechend. Doch all das wird, neben den vielen Gremien, nicht ohne einen breiten Dialog der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen, regional, national und international, möglich sein.

Trotzdem, oder gerade deshalb, brauchen wir auch Klarheit und Bündelung – eine neue Flusspolitik. Hier sehen wir, besonders durch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, für Deutschland die Bundesregierung stärker in der Verantwortung als bisher.

An unseren Flüssen zeigt sich einmal mehr, wie Belange der Binnenschifffahrt, über kommunale Gesichtspunkte und den Tourismus, dem Gewässer- und Naturschutz, dem Hochwasserschutz, die Interessen von Fischerei und Landwirtschaft bis hin zur Industrie und der Energiegewinnung, ineinander greifen und einander beeinflussen. Hier den Ausgleich der Interessen zu erreichen, das verstehe ich unter nachhaltiger Entwicklung. Und genau die traue ich dieser Regierung nicht zu.

Ruhe in der Nacht

von Dr. Kirsten Tackmann

Am 3. Juni 2012 wird der Internationale Flughafen BER „Willy Brandt“ eröffnet. Damit werden die letzten Flugzeuge über den Berliner Norden fliegen und auf dem Flughafen Tegel landen oder starten. Was für die Einen ein Grund zur Freude, ist für den Berliner Süden und die angrenzenden Brandenburger Kommunen ein erhebliches Ärgernis. Dieses große Infrastrukturprojekt ist für DIE LINKE eine enorme Herausforderung. Die PDS hatte den Standort Schönefeld abgelehnt. Aus guten Gründen, wie sich jetzt zeigt. Doch 1996 setzten der Brandenburger Ministerpräsident Stolpe (SPD) und Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen (CDU) Schönefeld durch. Aus Sicht der LINKEN ist nicht nur die Standortentscheidung falsch. Flüge unter 600 Kilometer sollten generell auf die Schiene verlagert werden. Als Regierungspartei muss DIE LINKE dennoch dieses weit fortgeschrittene Projekt mit der SPD umsetzen, obwohl Ablehnung und Skepsis im Landesverband geblieben sind, Fehler der Vergangenheit zusätzliche Probleme geschaffen haben und auch in der Bundespartei flughafenkritische Positionen überwiegen.



Am 20. April 2012 traf sich daher der Arbeitskreis I „Infrastruktur und Haushalt“ in Hoppegarten mit der Verkehrsexpertin der LINKEN Landtagsfraktion, Kornelia Wehlan, und Umweltministerin Anita Tack. Gemeinsam wurde über LINKE Verkehrspolitik im Allgemeinen, den Umgang mit großen Infrastrukturprojekten und den BER-Flughafen im Speziellen diskutiert. Thema war auch der Umgang mit dem Brandenburger Volksbegehren, das u. a. ein konsequentes Nachflugverbot fordert. Ab dem Tag nach Eröffnung des BER bis zum 3. Dezember werden 80.000 gültige Unterschriften zum Erfolg benötigt. Das Problem: es wird neben dem Nachtflugverbot auch gefordert, dass „der nationale und internationale Luftverkehrsanschluss für Berlin und Brandenburg nicht allein auf den Ballungsraum Berlin konzentriert werden“ soll. Das aber konterkariert das unterstützenswerte Anliegen, nachts ruhig schlafen zu können. DIE LINKE will Fluglärm konsequent reduzieren und nicht verlagern.

Ein Flugplatz hat oft Akzeptanzprobleme bei den Anwohnerinnen und Anwohnern. Lärm bringt gravierende Einschnitte in ihre Lebensqualität. Das gilt aber auch für Straßen- oder Schienenlärm. Der Protest wurde aber auch provoziert: Die Beteiligung der Betroffenen in die Planungsentscheidungen war ungenügend, die Umsetzung des passiven Schallschutzes durch die Flughafengesellschaft oft sehr kleinlich. Einiges wurde vor allem durch Druck der LINKEN unterdessen korrigiert. Umweltministerin Tack hat ein Gesundheitsmonitoring durchgesetzt. Für ein Nachtflugverbot muss Gesundheitsschutz vor Wirtschaftlichkeit gesetzt werden. Das Umweltbundesamt und Gerichtsent-scheide haben dazu neue Hinweise gegeben, die DIE LINKE im Bundestag erneut aufgreifen wird. So wird die Linksfraktion z. B. weitere Änderungen des Luftverkehrsgesetzes beantragen sowie die Harmonisierung von Planfeststellungsverfahren und Flugroutenfestsetzung. DIE LINKE bleibt im Interesse der Betroffenen weiter dran – in Bund und Land. Und auch auf der Straße.



von Wolfgang Nešković

Die rote Linie

Der neue Fiskalpakt greift die Demokratie an ihrem Fundament an. Er soll die Stabilität der Staatsfinanzen sichern. Doch in Wahrheit untergräbt er die Statik der Demokratie. Diese ruht auf vielen Säulen. Doch sie kann nicht beliebig viele entbehren. Eine wesentliche Säule ist das Budgetrecht. Das übergibt der Fiskalpakt ganz weitgehend der europäischen Exekutive. Zukünftig sollen Kommission und Rat die Haushaltsführung von Defizit-Staaten genehmigen. Beiden fehlt dazu eine ausreichende demokratische Legitimierung. Die Europäer haben Rat und Kommission nicht gewählt. Das europäische Parlament, das die Europäer gewählt haben, legitimiert und kontrolliert die europäischen Institutionen nur unzureichend. Dennoch sollen Rat und Kommission die Macht erhalten, zeitlich unbegrenzt die Einhaltung dessen zu kontrollieren, was ein kleiner Kreis von Politikern im hektischen Beginn des Jahre 2012 für eine ordentliche Haushaltsführung hielt. Diese Verewigung einer politischen Situationsentscheidung sägt an einer weiteren Säule der Demokratie.

Demokratie lebt von der Fähigkeit zur Veränderung. Wahl und Abwahl von Regierungen und der stete Wettbewerb um die wechselnde Gunst des Wahlvolkes sind konstituierende Merkmale der Demokratie. Wenn sich morgen die Einsicht Bahn bricht, dass die Stabilisierung des Finanzsystems eine keynesianistische Nachfragepolitik erfordert, wird diese Erkenntnis gänzlich wertlos bleiben. Die Herrschaft der unerbittlichen Kürzungspolitik kann kein Wahlvolk mehr vom Thron stoßen. Denn der Fiskalpakt ist als „Ewigkeitsvertrag“ konzipiert. Nach Art. 56 Abs. 1 der Wiener Vertragsrechtskonvention hätten die Staatenvertreter dem Text des Paktes eine Kündigungsklausel beifügen müssen, um einzelnen Staaten den Austritt zu ermöglichen. Das ist unterblieben. Da andere, in der Konvention vorgesehene Kündigungsgründe ausscheiden, ist die Auflösung des Finanzdiktats nur auf eine Weise möglich: Alle Regierungschefs der teilnehmenden Staaten müssen mit einer neuen Situationsentscheidung den Vertrag für alle wieder aufheben. Das kann praktisch ausgeschlossen werden.

Vor diesem Demokratieverlust kann uns nur noch das Verfassungsgericht schützen. Es wird auch darüber entscheiden müssen, ob eine völkerrechtliche Verpflichtung, die es dem Gesetzgeber untersagt, bestimmte Vorschriften des Grundgesetzes zu ändern, verfassungswidrig ist. In Artikel 79 Grundgesetz ist geregelt, dass der Gesetzgeber mit Zweidrittelmehrheit sämtliche Vorschriften des Grundgesetzes ändern kann. Nur die in den Artikeln 1 und 20 Grundgesetz enthaltenen Sachverhalte sind durch die Ewigkeitsgarantie aus Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz hiervon ausgenommen. Da die im Grundgesetz enthaltenen Vorschriften über die Schuldenbremse nicht unter die Ewigkeitsgarantie des Artikel 79 Ab-

satz 3 Grundgesetz fallen, steht es im politische Belieben des Parlamentes, die Schuldenbremse wieder mit der verfassungsändernden Mehrheit aus dem Grundgesetz zu streichen. Diese politische Gestaltungsmöglichkeit soll dem Parlament nunmehr durch den Fiskalvertrag genommen werden. Damit verstößt das Ratifizierungsgesetz gegen Artikel 79 Grundgesetz.

Schließlich wird das Bundesverfassungsgericht auch darüber zu befinden haben, ob die rote Linie, die es in seiner Lissabon-Entscheidung gezogen hat, überschritten wird. Zu Recht haben die Rechtswissenschaftler Kahl und Glaser darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik mit dem ESM-Vertrag eine „bundesstaatsähnliche Haftungsunion“ eingeht. Mit ihm mutiert die EU zu einer „föderalen Fiskalunion in Gestalt einer Transfer-, Haftungs- und Steuerunion.“ Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lässt das Grundgesetz jedoch „Die Vereinigten Staaten von Europa“ nicht zu. Der Verfassungsrichter Huber hat darauf hingewiesen, dass der (gegenwärtige) Stand der Integration schon jetzt ein Niveau erreicht habe, „das sich von einem Staat nicht merklich unterscheidet“. Doch ein europäischer Staat liegt jenseits des „vereinigten Europas“, das Artikel 23 des Grundgesetzes gestattet. Die Wortwahl kann zu falschen Schlüssen führen. Die Norm ermöglicht den „Staatenbund“, aber nicht den „Bundesstaat“. Beide sind Formen eines „vereinigten Europas“. Doch nur im „Staatenbund“ bleibt die Bundesrepublik nach der Lissabon-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ein souveränes Land. Mit den Fiskalverträgen wird die Grenze zu einer bundesstaatlichen Ordnung aber überschritten.

Die Legitimation für einen solchen - die Verfassungsidentität verändernden - Schritt obliegt gemäß Artikel 146 Grundgesetz dem Volk. Es muss darüber entscheiden, ob es seine nationale Souveränität behalten oder die „Vereinigten Staaten von Europa“ will. Die große Mehrheit im Bundestag hat jedoch bislang weder den politischen Mut noch die verfassungsrechtliche Konsequenz bewiesen, das Volk um diese Entscheidung zu bitten. Statt den Souverän zu befragen, scheint sie darauf zu setzen, dass das Verfassungsgericht davor zurückschreckt, auf die Einhaltung der in der Lissabon-Entscheidung festgelegten roten Linie zu pochen.

Es bleibt zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht sich auf dieses altbekannte „Schwarze-Peter-Spiel“ der Politik nicht einlässt. Die Richter sollten dem Volk diese richtungsweisende Entscheidung nicht abnehmen, indem sie die in der Lissabon-Entscheidung festgelegte rote Linie wieder zurücknehmen.

Röttgen sucht **Endlager** und grenzt **DIE LINKE** aus

von Dr. Dagmar Enkelmann

Zum Spitzengespräch hatte Bundesumweltminister Röttgen am Dienstagabend dieser Woche geladen, um beim Gesetz für eine bundesweite Suche nach einem atomaren Endlager voranzukommen. In der illustren Runde fehlte DIE LINKE, sie war gar nicht eingeladen. Röttgen wollte das damit erklären, er habe nur die Regierungskoalition und die Mehrheit des Bundesrates am Tisch gebraucht.

Das klingt wie an den Haaren herbeigezogen und stimmt überdies nicht. SPD- und grün-regierte Länder stellen keineswegs eine Mehrheit im Bundesrat. Selbst, um ein Drittel der Bundesratsstimmen zu erreichen, würden auch die Stimmen des rot-rotregierten Brandenburg benötigt.

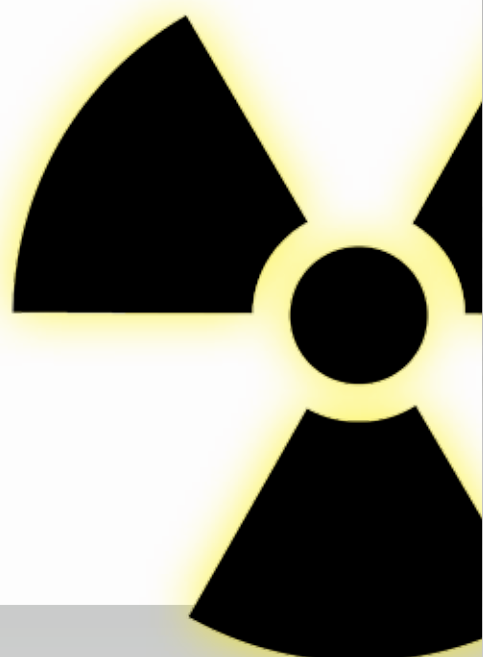
Gerade in dem Land stellt DIE LINKE die für Atomfragen zuständige und sehr engagierte Ministerin. Brandenburg hat zudem mit dem AKW Rheinsberg einmalige Erfahrungen beim Rückbau von Atomanlagen gewonnen. Das interessiert Röttgen offenbar nicht.

DIE LINKE stellt auch die Vorsitzende des Umweltausschusses des Bundestages und ohne eine Befassung des Bundestages wird ein Endlagergesetz nicht verabschiedet werden. Röttgen denkt vermutlich, sein Gesetz wird – wie so vieles andere – im Bundestag einfach durchgewunken. Dass er sich da mal nicht täuscht.

Im Kern geht es erneut darum, DIE LINKE auszugrenzen. Mich wundert schon, dass sich Umweltminister Röttgen auf derartige Spielchen einlässt. Aus seiner Zeit als Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag habe ich ihn anders in Erinnerung. Auch meine Hoffnung, die anderen Oppositionsparteien würden sich gegen die Ausgrenzung der LINKEN wenden, erfüllte sich leider nicht.

Angesichts der Größe der Aufgabe, einen Standort für ein bundesweites Atomendlager zu bestimmen, ist dieses Vorgehen nicht nur undemokratisch, sondern auch recht kurzfristig. Seit über 40 Jahren gibt es eine heftige öffentliche Debatte und einen steten öffentlichen Widerstand gegen die Nutzung der Atomkraft. Diesem Druck musste sich schließlich auch Schwarz-Gelb beugen und nach Fukushima die zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung zurücknehmen. Nun drängt sich die Frage, wohin mit den atomaren Altlasten, in den Vordergrund.

Der Standort Gorleben kommt dabei für DIE LINKE nicht in Frage. Die dort vorhandenen Risiken sind nicht zu verantworten. Die Suche nach einem atomaren Endlager berührt existenzielle Fragen. In den Prozess müssen deshalb auch Bürgerinitiativen und Umweltverbände einbezogen werden. Wer glaubt, ein Endlager in Hinterzimmern auskugeln zu können, befindet sich auf dem Holzweg.



LINKE setzt Aktuelle Stunde im Bundestag zum Betreuungsgeld durch

25.04.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Die Verwirrung der Bundesregierung beim Betreuungsgeld spricht Bände – auf einfachste Fragen konnte der zuständige Staatssekretär im Bundestag heute keine Auskunft geben. Auch der jetzt bekanntgewordene ‚Spar‘-Vorschlag, das Betreuungsgeld auf Hartz IV anzurechnen, zeigt die völlige soziale Gleichgültigkeit der Bundesregierung“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zur heute Nachmittag beantragten Aktuellen Stunde.

„Damit der Bundestag noch heute über diesen Irrsinn debattieren kann, hat DIE LINKE eine Aktuelle Stunde durchgesetzt.“ Enkelmann weiter:

„Wenn zum Beispiel in Bayern nur für 16 Prozent der Kinder Krippenplätze zur Verfügung stehen, ist die Wahlfreiheit, mit der das Betreuungsgeld begründet wird, pure Heuchelei. Es ist allerhöchste Zeit, dass sich die Bundesregierung vom Betreuungsgeld verabschiedet und die dafür eingeplanten Milliar-

den entsprechend dem wirklichen Bedarf beispielsweise in den Kita-Ausbau steckt.“



Foto: Petra Bork_pixello.de

Familienpolitisches Trauerspiel

24.04.2012 – DIANA GOLZE

„Was die Bundesregierung derzeit in der Familienpolitik bietet, ist ein Trauerspiel ersten Ranges. Ausgerechnet beim unsinnigsten aller Projekte, dem Betreuungsgeld, spricht die Kanzlerin ein Machtwort, während viele durchaus sinnvolle Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf die lange Bank geschoben oder gleich ganz beerdigt werden“, kommentiert Diana Golze den fortdauernden Koalitionsstreit um das geplante Betreuungsgeld. Das Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Keines der familienpolitischen Ziele, die sich die Koalition gesteckt hat, ist bislang erreicht worden. Familienbewusste Arbeitszeit? Außer hilflosen Versuchen, die Wirtschaft zu einer Selbstverpflichtung zu bewegen, ist nichts passiert. Weiterentwicklung des Elterngeldes? Den Hartz IV-Empfängern wurde es

gestrichen, von der versprochenen Ausweitung dieses familienpolitischen Herzstücks ist keine Rede mehr. Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses? Auch hier herrscht Stillstand, angeblich weil das Vorhaben zu teuer ist. Auf das angekündigte Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Situation Alleinerziehender warten die Betroffenen immer noch. Und die Zunahme der Kinderarmut wird von der Regierung regelmäßig ignoriert.

Die zuständige Ministerin ist anscheinend abgetaucht. Jedenfalls ist von Kristina Schröder in der Debatte um das Betreuungsgeld kaum etwas und erst recht nichts Sachdienliches zu hören – obwohl der entsprechende Gesetzentwurf doch von ihrem Ministerium erarbeitet werden soll. Diese Vogel-Strauß-Strategie ist symptomatisch und offenbart die Unfähigkeit

der Bundesregierung, vernünftige gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.“



Foto: Uta Heibert_pixello.de

Kauders vergiftetes Geschenk

23.04.2012 – DIANA GOLZE

„Was Volker Kauder anbietet, ist ein vergiftetes Geschenk. Die Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente ist so überfällig, wie das Betreuungsgeld unsinnig ist“, kommentiert Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ der Fraktion DIE LINKE, den jüngsten Vorstoß des Vorsitzenden der Unionsfraktion im Bundestag im koalitionsinternen Streit um das geplante Betreuungsgeld. Golze weiter:

„Die dringend notwendige Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung zum Druckmittel für eine Leistung zu machen, die Frauen zu längeren Erwerbspausen ermuntert, ist zynisch. Denn es sind genau diese Lücken im Erwerbsleben, die Frauen in die Altersarmut treibt. Jungen Eltern, die im Hier und Jetzt ihren Alltag gestalten müssen, hilft die Anrechnung zudem nur bedingt. Offenbar versucht die Union, sich von ihrer

Verantwortung für die heute fehlenden Kitaplätzen mit den Rentenzahlungen von morgen freizukaufen.

Was wir brauchen, sind nicht täglich neue und immer absurdere Ideen, das Betreuungsgeld doch noch irgendwie auf den Weg zu bringen. Wir brauchen eine Stärkung der Infrastruktur für Familien: mehr gute Kitas und mehr gute Ganztagsschulen.“

Mitbestimmungsrechte stärken heißt Kinder stärken

20.04.2012 – DIANA GOLZE

„Mit dem Kinderreport 2012 hat das Kinderhilfswerk eine Studie vorgelegt, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen und dem Durchbrechen der Armutsspirale herstellt.

Wer möchte, dass arme Kinder aus der Armut herausfinden, muss genau hier ansetzen. Wer jedoch ein Betreuungsgeld einführt, das Kinder aus armen Familien von der Kita fernhält, zeigt damit, dass ihm deren Wohlergehen weniger wert ist als die Stimmung in der Koalition“, erklärt Diana Golze anlässlich der Veröffentlichung des Kinderreports 2012. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Wer die Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern fördern will, darf nicht nur darüber reden, er muss sie ermöglichen. Das bedeutet, Kindern mehr Rechte zu-

zugestehen und ihnen Gelegenheit zu geben, diese Rechte auch zu leben. Hieraus ergeben sich konkrete Hausaufgaben für die Politik. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss die Rechte von Kindern stärker als bisher berücksichtigen. Die frühkindliche Bildung muss qualitativ und quantitativ so ausgebaut werden, dass alle Kinder erreicht werden. Die Koalition muss endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegen und zum Wohle der Kinder handeln.“



Foto: Konstantin Brückner

Familienpolitische Hinterwäldler dürfen sich nicht durchsetzen

18.04.2012 – DIANA GOLZE

„Beim Streit um das Betreuungsgeld geht es um mehr als nur um schwarz-gelbe Kompromisse oder den koalitionsinternen Frieden.

Es geht im Kern um die Frage, ob die Bundesregierung in der Lage ist, zeitgemäße Antworten auf grundlegende gesellschaftliche Fragen zu finden“, erklärt Diana Golze zum andauernden Koalitionsstreit über das geplante Betreuungsgeld. Die kinder- und jugendpolitische Spre-

cherin der Fraktion DIE LINKE wei-

ter: „Die Familienministerin sollte künftig weniger Zeit für ihren Nebenjob als Autorin aufwenden und endlich eine Familienpolitik machen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Das Geld, dass diese schönfärberisch Betreuungsgeld genannte Bildungs-verhinderungsprämie verschlingen würde, wird für den Ausbau früh-

kindlicher Bildungseinrichtungen dringend gebraucht. Statt Frauen in überholte Rollenmuster zu zwingen, müssen die überfälligen Zukunftsinvestitionen in die Bildung endlich getätigt werden. Und statt den familienpolitischen Hinterwäldlern von der CSU hinterherzulaufen, sollte Kristina Schröder das unsinnige Projekt Betreuungsgeld dahin befördern, wo es hingehört: in den Papierkorb.“

Diskussion um Betreuungsgeld wird immer absurder

16.04.2012 – DIANA GOLZE

„Die Debatte um die Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013 wird immer absurder“, erklärt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den neuen Vorschlägen von Ministerin Schröder, das Betreuungsgeld an den regelmäßigen Besuch von Vorsorgeuntersuchungen zu knüpfen. „Mit dem Rückgriff auf eine medizinische Vorsorgeleistung stellt sich Schröder in puncto Kindesschutz selbst ein Armutszeugnis aus.“ Golze weiter: „Jenseits davon, dass es rechtlich

mehr als fraglich ist, diese Vorsorgeuntersuchungen zur Bedingung für die Gewährung des Betreuungsgeldes zu machen, gerät die Diskussion um diese Leistung immer mehr zu einer Farce.

Denn es lässt sich weder ein Zusammenhang zwischen den frühkindlichen Untersuchungen und einem Betreuungsgeld herstellen noch scheint die Ministerin begriffen zu haben, dass sie mit dieser Herdprämie einen wichtigen Bestandteil für den von ihr prokla-

mierten Kindesschutz selbst ausschließt: den Besuch einer Kita.

Statt frühkindliche Betreuung für Kinder zu verhindern, sollten endlich alle Anstrengungen unternommen werden, für jedes Kind einen Kitaplatz zur Verfügung zu stellen. Die Idee des Betreuungsgeldes ist ebenso unzeitgemäß wie absurd. Es nun an fragwürdige Bedingungen zu knüpfen, macht einmal mehr deutlich, dass es Zeit ist, das Betreuungsgeld endgültig zu beerdigen.“

Betreuungsgeld ist und bleibt der falsche Ansatz

04.04.2012 – DIANA GOLZE

„Die FDP versucht sich auch beim Betreuungsgeld in Profilierungsgetöse, bleibt aber konkretes Handeln schuldig“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zur anhaltenden Debatte um die Einführung einer familienpolitischen Leistung, die bei Nichtinanspruchnahme eines Kitaplatzes an Familien gezahlt werden soll. Golze weiter:

„Es wird immer offenkundiger, dass es im Bundestag eine breite Mehrheit gegen das Betreuungsgeld auch über die Oppositionsfractionen hinaus gibt. Das ist erfreulich. Weniger glücklich ist es, dass die Debatte durch diese breite Mehrheit bereits in der vergangenen Woche hätte beendet werden können. Da nämlich hat der Bundestag darüber abgestimmt, ob das Betreuungsgeld aus

dem Sozialgesetzbuch wieder gestrichen wird.

Der Antrag, dieses Projekt zu beerdigen, ist daran gescheitert, dass die FDP es genau an der Konsequenz hat fehlen lassen, die sie nun lautstark zu Schau trägt. Mehr als Maulheldentum war bisher nicht zu verzeichnen von der FDP. Sie muss jetzt den Worten endlich Taten folgen lassen.“

Betreuungsgeld ist teurer Unsinn

03.04.2012 – DIANA GOLZE

„Das Betreuungsgeld ist nicht nur eine familienpolitische Fehlkonstruktion, es zeigt auch, dass die Betreuung und Erziehung von Kindern in Deutschland nach wie vor als Privatsache der Eltern und nicht als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden wird, an der Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer teilhaben“, erklärt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum andauernden Koalitionsstreit um die Einführung eines Betreuungsgeldes im Sommer 2013. Golze weiter:

„Wie schlecht es um die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen

unserer Kinder steht, verdeutlicht das eklatante Missverhältnis, in dem die Ausgaben für den Kita-Ausbau und die für das geplante Betreuungsgeld stehen.

Während der Bund im Jahr 2007 einmalig vier Milliarden Euro in die Hand genommen hat, um den Aus- bzw. Aufbau der öffentlichen Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige voranzubringen, will sich die Bundesregierung beim Betreuungsgeld großzügiger zeigen und damit Kinder von genau diesen geförderten Einrichtungen fernhalten.

Mit zwei Milliarden Euro jährlich wird das Betreuungsgeld nicht nur

teurer als geplant, es gerät mehr und mehr zum Lückenfüller für fehlende Kitaplätze.

Statt Jahr für Jahr mit zwei Milliarden Euro die Erwerbstätigkeit von Frauen zu verhindern und Kinder von Bildungsangeboten fernzuhalten, sollten diese Mittel dort eingesetzt werden, wo sie dringend gebraucht werden und in jeder Hinsicht nachhaltig wirken: in den Kitas. Die sind bildungspolitisch wertvoll, familienpolitisch zeitgemäß und arbeitsmarktpolitisch dringend notwendig. Aber das scheint weder der Kanzlerin noch der CSU einleuchten zu wollen.“

BETREUUNGSGELD

Bildungs- und Erwerbsbremse Betreuungsgeld muss gestoppt werden

02.04.2012 – DIANA GOLZE

„Das Betreuungsgeld ist eine Bildungs- und Erwerbsbremse und muss unter allen Umständen gestoppt werden“, erklärt Diana Golze, Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum koalitionsinternen Streit über das geplante Betreuungsgeld.

„Das Beispiel Thüringen, wo bereits ein Landesbetreuungsgeld gezahlt wird, zeigt, dass dadurch Kinder von der Teilhabe an frühkindlicher Bildung und – in erster Linie – Frauen von der Erwerbstätigkeit abgehalten

werden. Beides ist nicht hinnehmbar.“ Golze weiter:

„Mit Rollenbildern aus dem 19. Jahrhundert kann man keine Familienpolitik für das 21. Jahrhundert machen. Diese Erkenntnis scheint endlich auch in den Reihen der CDU zu reifen, ohne dass deshalb bereits klar wäre, wohin die Reise nun gehen soll. Dass das Betreuungsgeld nun eine solch schwere Krise in der Koalition ausgelöst hat, macht vor allem deutlich, woran es Schwarz-Gelb mangelt: Die Regierung verfügt weder über zeitgemäße Konzepte für

die Familien- und Frauenpolitik, noch über eine Ministerin, die sich für eine solche moderne Politik einsetzt.

DIE LINKE hat sich von Anfang an gegen das Betreuungsgeld gestellt, weil es nicht fördernd sondern in jeder Hinsicht verhindernd wirkt. Deutschland braucht keinen Rückfall in die Biedermeier-Zeit, sondern eine qualitativ hochwertige flächendeckende Kindertagesbetreuung und Arbeitszeitmodelle, die auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten sind.“

Justiz als Reparaturbetrieb der Regierungspolitik

25.04.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Das Berliner Sozialgericht verdient Lob und Respekt für seine mutige Entscheidung. Es ist zu hoffen, dass durch die erneute Anrufung des Bundesverfassungsgerichts der fortgesetzten Willkür bei der Berechnung der Regelsätze ein Ende gemacht wird“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den Beschluss des Berliner Sozialgerichts, die aktuellen Regelsätze dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. Neskovic weiter:

„Die Entscheidung des Berliner Sozialgerichts erspart den Betroffenen den mühseligen Gang durch die Instanzen und konfrontiert die Bundesregierung mit ihren eklatanten Versäumnissen in der Sozialpolitik. Jetzt ist es an der Bundesregierung, eine völlige Blamage zu vermeiden und dem Bundesverfassungsgericht zuvorkommen, damit es nicht erneut

als Reparaturbetrieb die Fehler der Politik korrigieren muss. Durch eine verfassungskonforme Berechnung der Regelsätze würde der fortgesetzte Rechtsbruch der derzeitigen Hartz-Gesetzgebung beendet werden.

Bereits die Berechnung der ursprünglichen Regelsätze wurde durch das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft, und es wurden Neuregelungen gefordert. Die Bundesregierung hat diese Chance auf eine verfassungskonforme Berechnung der Regelsätze trotz vielfältiger Warnungen von Fachleuten und Betroffenen ignoriert. Anstatt den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu folgen und die Höhe der Regelsätze nach den tatsächlichen Bedürfnissen der Empfänger zu berechnen, wird weiterhin willkürlich Sozialpolitik nach Kassenlage gemacht.“



Foto: Thorben Wengert_pixelio.de

Warnschussarrest ist kontraproduktiv

18.04.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Mit der Einführung eines Warnschussarrests wird keinem Jugendlichen geholfen und keine einzige kriminelle Karriere verhindert“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Pläne der Bundesregierung zur Einführung eines Warnschussarrests für jugendliche Straftäter. Neskovic weiter:

„Der Warnschussarrest ist ein Schuss, der voll nach hinten losgehen wird. Er stellt bloße populistische Symbolpolitik dar. Auf dem Rücken der Jugendlichen wird eine scheinbare ‚Law and Order‘-Linie durchgesetzt, die tatsächlich weder Recht noch Ordnung bringt. Anstatt

populistische und rechtsstaatlich fragwürdige Strafverschärfungen zu beschließen, sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, den Jugendarrest durch Entwicklung von Vollzugskonzepten und Schaffung von Vollzugskapazitäten sinnvoll zu gestalten.

Es gibt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die belegen, dass jugendliche Straftäter sich durch scheinbar harte Strafen von weiteren Delikten abschrecken lassen. Im Gegenteil sind sich Kriminologen, Pädagogen und Sozialpädagogen seit langem einig, dass der Jugendarrest schon jetzt im günstigsten Fall nichts bewirkt und im

Zweifelsfall die Gefährdungssituation noch verschärft. So lässt sich nachweisen, dass gerade durch den Aufenthalt im Arrest die Rückfallwahrscheinlichkeit der Jugendlichen weiter ansteigt: Die Rückfallquote von jugendlichen Straftätern nach verbüßtem Jugendarrest liegt bei erschreckenden 70 Prozent. Von der behaupteten Präventivwirkung kann also keine Rede sein.

Auch rutschen einige Jugendliche erst durch ihre Zeit im Jugendarrest immer tiefer in ein kriminelles Milieu. Ausgerechnet durch den Jugendarrest werden häufig erst die Weichen für eine kriminelle Karriere gestellt.“



Bild: Didi1_pixelio.de

Kafkaeske Selbstentmachtung der Abgeordneten

16.04.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Mit den geplanten Änderungen der Geschäftsordnung nimmt die Selbstentmachtung der Abgeordneten kafkaeske Züge an. Schon mehrfach musste das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit die Abgeordneten des Deutschen Bundestages daran erinnern, dass das Parlament kein Vollzugsorgan für die Regierungspolitik, sondern das Herzstück der Demokratie ist – zuletzt in seinem Urteil vom 28.02.2012 zum sogenannten Neuner-Gremium.

Auch die nunmehr geplanten Änderungen der Geschäftsordnung sind evident verfassungswidrig. Sollte die Mehrheit des Parlaments dieser Selbstentmachtung zustimmen, wäre der Gang vor das Bundesverfassungsgericht unvermeidlich“, so Wolfgang Neskovic, Justiziar und

Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der bekanntgewordenen Pläne zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Neskovic weiter:

„Die geplanten Änderungen zielen darauf ab, unliebsame Kritiker in den eigenen Reihen ‚mundtot‘ zu machen. Grundsätzlich dürfen weder das Parlament noch die Fraktionen dem einzelnen Abgeordneten sein verfassungsrechtlich verankertes Rederecht nehmen. Denn das Grundgesetz kennt keine Fraktionen und keinen Fraktionszwang. Es kennt nur das Freie Mandat der Abgeordneten, die an ‚Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen‘ sind. Damit ist es nicht zu vereinbaren, den Abgeordneten zum bloßen Anhängsel und Werkzeug seiner Frak-

tion zu machen. Es ist verfassungsrechtlich unhaltbar, dem einzelnen, frei gewählten Abgeordneten die Möglichkeit zu nehmen, sich notfalls auch gegen den Willen seiner Fraktionsführung zu Wort zu melden, um das auszusprechen, was sein Gewissen ihm gebietet.

Bundestagspräsident Lammert handelte deshalb richtig, als er auch Abgeordnete der Regierungskoalition zu Wort kommen ließ, die sich gegen Position der Regierung beim Euro-Rettungsschirm stellten. Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen, und es ist die Aufgabe jedes Parlaments, verschiedene und abweichende Meinungen darzustellen. Sollte zukünftig nicht einmal mehr der Bundestagspräsident das Rederecht von Abweichlern durchsetzen können, wäre dieser Wettbewerb der Meinungen massiv eingeschränkt. Die Dominanz der Fraktionen über die einzelnen Abgeordneten wäre absolut.“

Zustimmung zur Elbvertiefung ist das falsche Signal

04.04.2012 – SABINE STÜBER

Gestern Abend hat das Land Niedersachsen nun doch einer Elbvertiefung zugestimmt. Danach können dann auch Containerschiffe mit 14,5 Metern Tiefgang in den Hamburger Hafen einlaufen.

Die LINKE Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber und Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mitglied in der Parlamentariergruppe „Frei fließende Flüsse“, erklären dazu gemeinsam: „Eine Vertiefung der Unterelbe ist gegen alle Vernunft und wider besseres Wissen. Hier beugt sich einmal mehr die Politik dem wirtschaftlichen Wachstumsdiktat. Was wir für die Zukunft brauchen, sind freifließende und naturnahe Flüsse. Ein guter ökologischer Zustand der Gewässer sollte oberstes Ziel des Handelns sein“

Sabine Stüber fährt fort:

„Wir wollen einen guten ökologischen Zustand der Gewässer erreichen. Davon ist Deutschland noch meilenweit entfernt, und deshalb brauchen wir mehr Naturschutz an den Flüssen. Die gestern beschlossene Elbvertiefung von 14,5 Metern ist eine Entscheidung gegen den Bürgerwillen und auch ökologisch das falsche Signal. Nach Meinung der Menschen an der Elbe steigt mit der Elbvertiefung die Hochwassergefahr bei einer Sturmflut. Doch auch der Hochwasserschutz muss bezahlbar bleiben.“

Die beiden LINKEN Abgeordneten sind sich zudem einig, dass zu einer neuen Flusspolitik der gesellschaftliche Dialog gehört und Entscheidungen, wie die Elbvertiefung, nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchgesetzt werden

dürfen. Die Akzeptanz der Öffentlichkeit muss eine entscheidende Voraussetzung für solche Großvorhaben sein. Aber hier zeigt sich einmal mehr, dass Bürgerbeteiligung für einige in der Politik nichts weiter als Sprechblasen sind.

Mit den Anträgen der Fraktion DIE LINKE. „Neue Flusspolitik – Nationales Rahmenkonzept für naturnahe Flusslandschaften“ – Drs. 17/9192 und „Umfassendes Elbekonzept erstellen“ – Drs. 17/9160 hat die DIE LINKE. das Thema naturnahe Flüsse wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

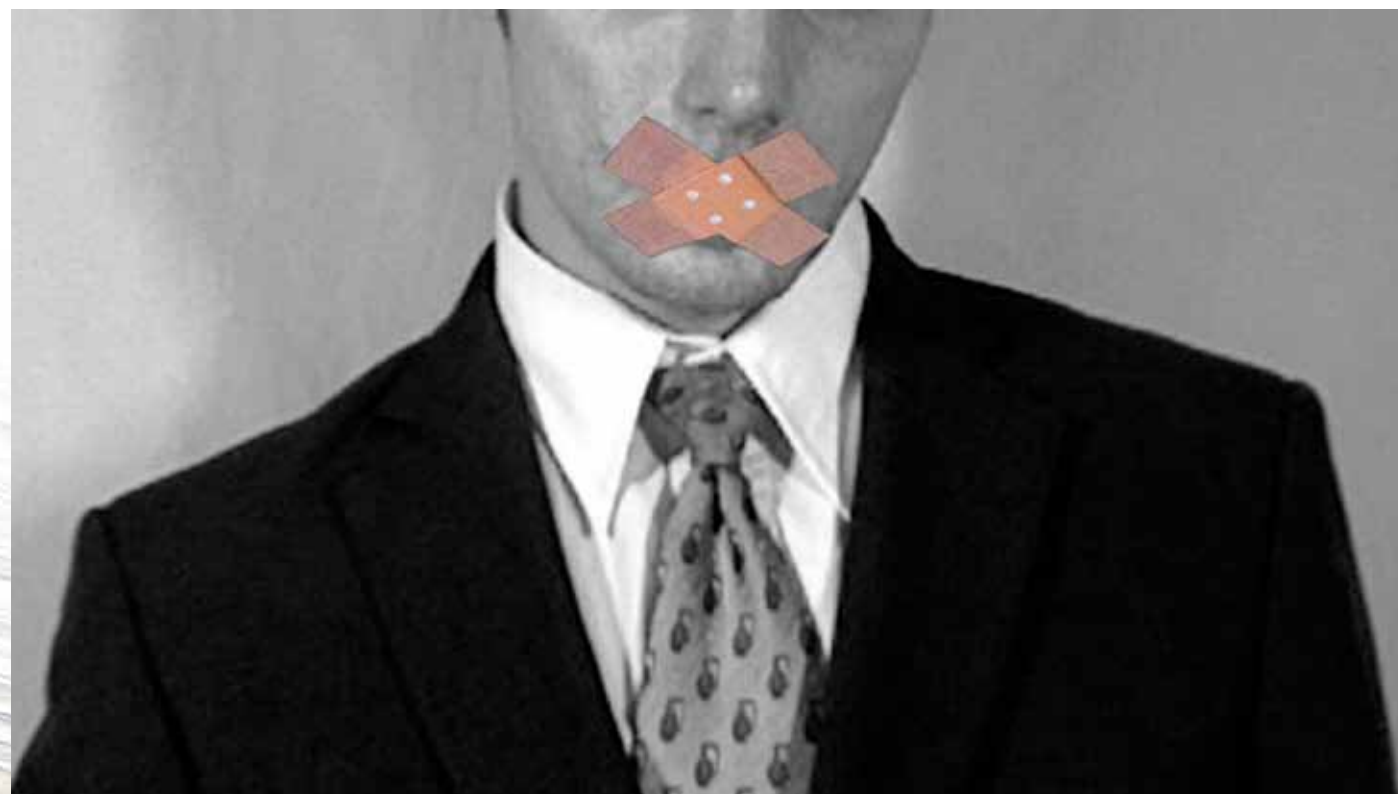


Foto: Konstantin Brückner

Eva Bulling-Schröter sagt dazu:

„Die Bundesregierung hat ein „Gesamtkonzept Elbe“ für einen guten ökologischen Zustand der Elbe angekündigt. Gesehen haben wir davon noch nichts. Und nun ist auch klar warum: Die jetzt ausgehandelte Vertiefung wird das Gegenteil bewirken und zusätzliche ökologische Probleme bringen. Ausbaden müssen das zuerst die Menschen vor Ort. Die Elbfischer fürchten einen weiteren Rückgang der Fischbestände und die Obstbauern einen steigenden Salzgehalt des Wassers. Sie sehen sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht.“



Foto: Silke K., pixelio.de

Bio-Patente endlich verbieten

03.04.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Die Agrarkonzerne haben deutlich zu viel Macht. Die löchrige EU-Patent-Gesetzgebung gibt ihnen viel zu viel Einfluss auf Acker, Trog und Teller. Bio-Patente müssen endlich verboten werden“, kommentiert Kirsten Tackmann den heute vorgelegten Bericht „Europäisches Patentamt am Scheideweg“ des Bündnisses „No Patents on Seeds“, der die Entwicklung von Bio-Patenten auf Pflanzen und Tiere im Jahr 2011 beschreibt.

Tackmann weiter:

„Über 1.000 Bio-Patentanmeldun-

gen liegen beim Europäischen Patentamt aktuell vor. Über 2.000 Patente auf Pflanzen und über 1.000 Patente auf Tiere wurden bereits vergeben. Der Bericht von „No Patents on Seeds“ macht erneut den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Die politischen Verantwortlichen müssen endlich aktiv werden und die rechtlichen Graubereiche be-seitigen. Sonst machen sie sich zum Handlanger der multinationalen Agrarkonzerne. Ministerin Aigner hat dazu einen einstimmigen Auftrag vom Deutschen Bundestag

bekommen. Statt Bio-Patente weiter zu tolerieren, erwarten wir von der Bundesregierung konsequentes Handeln zum Erhalt der Agrobiodiversität sowie zur Sicherung der Unabhängigkeit der Landwirtschaft und damit der Nahrungsmittel von Konzerninteressen.

DIE LINKE hat bereits Anfang des Jahres das vollständige Verbot von Bio-Patenten beantragt. Leider wurde unser Antrag vom Deutschen Bundestag dieses Mal noch abgelehnt.“

Einführung des Betreuungsgelds wäre Verfassungsbruch mit Ansage

27.04.2012 – DIANA GOLZE

„Dass nun ein Bundesministerium die Verfassungsmäßigkeit des Betreuungsgelds anzweifelt, nachdem sich zwei Bundesregierungen mit der Umsetzung dieses unsinnigen Projekts befasst haben, offenbart die ganze Planlosigkeit, mit der die Koalition dieses Vorhaben vorantreibt“, erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, zu den vom Bundesjustizministerium geäußerten Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Betreuungsgelds. „Sollte sich der Ver-

dacht der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz erhärtet und die Bundesregierung das Betreuungsgeld dennoch einführen, wäre das Verfassungsbruch mit Ansage.“ Golze weiter:

„Es ist unfassbar, dass ein Milliardenprojekt in den Etat des Familienministeriums aufgenommen werden soll, das in seinem Inhalt nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Dass ausgerechnet ein Ministerium, das für die Vergabe von Fördermitteln ein Bekenntnis zur Verfassung

verlangt, die eigenen Gesetzesvorhaben nicht darauf prüft, ob es mit dem Grundgesetz konform ist, ist mehr als nur eine kleine fachliche Schlaperei. Der Vorgang zeigt, dass es beim Betreuungsgeld weder um das Wohl der Kinder noch um die Förderung von Familien geht, sondern um den verzweiften Versuch, antiquierte Familienbilder zu konservieren – mit öffentlichen Geldern, gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit und offenbar auch unter Missachtung des Grundgesetzes.“

Koalition betreibt unsoziale und rückwärtsgewandte Familienpolitik

26.04.2012 – DIANA GOLZE

„Das Betreuungsgeld ist nicht nur von seiner Grundidee her rückwärtsgewandt und verfehlt. Die Koalition hat auch nach wie vor kein Konzept, wie es konkret ausgestaltet werden soll. Einig sind sich Union und FDP nur darin, den Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II diese Leistung vorzuenthalten. Das ist Familienpolitik aus dem 19. Jahrhundert, wie man sie sich unsozialer kaum vorstellen kann“, erklärt Diana Golze zum Koalitionsstreit um das geplante Betreuungsgeld.

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Wer Eltern im Hartz IV-Bezug das Betreuungsgeld mit der Begründung verwehren will, dass dadurch falsche Anreize gesetzt würden, spricht diesen Müttern und Vätern de facto ihre Erziehungsleistung ab. Pauschal wird ihnen unterstellt, ihre Kinder nicht angemessen zu fördern. Wer dies tut und gleichzeitig finanziell Bessergestellten die privat

organisierte Kinderbetreuung finanziert, schürt sozialen Unfrieden. Eine Familienpolitik, die allein den Besserverdienenden im Land zugutekommt, ist nicht hinnehmbar. Die für das Betreuungsgeld eingeplanten Mittel wären viel sinnvoller eingesetzt, wenn man sie in den Ausbau der Kindertagesbetreuung steckte. Dann würden sie der Allgemeinheit zugutekommen, ohne dass ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und stigmatisiert würden.“



Anträge, Anfragen & Initiativen

25.04.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9402](#)

Neuregelung des Sorgerechts für nicht miteinander verheirateten Eltern

DIE LINKE. fordert eine einvernehmliche Regelung des Sorgerechts zwischen den Eltern, wobei die Übernahme der elterlicher Verantwortung nicht abhängig vom familienrechtlichen Status der Eltern sein darf. Für DIE LINKE bleibt das Kindeswohl als Leitmotiv des gesamten Kindschaftsrechts Maßstab für die gesetzliche Neugestaltung des Sorgerechts für nicht miteinander verheirateter Eltern.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9395](#)

Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglichen - gleiche Bildungsteilhabe sichern

Nachhaltigkeit ist in den vergangenen Jahrzehnten zum Begriff für die grundlegende Qualität gesellschaftlicher Entwicklung geworden. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist daher ein zentraler Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft geworden, an der jede und jeder in gleichem Maße teilhaben sollte. In Deutschland haben allerdings nicht alle den gleichen Zugang zu Bildung. Die LINKE formuliert Eckpunkte, um gleiche Bildungsteilhabe in allen Bildungsbereichen zu sichern.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9393](#)

Pflege tatsächlich neu ausrichten - ein Leben in Würde ermöglichen

Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ist überfällig. Ziel muss ein Paradigmenwechsel für eine selbstbestimmte und ganzheitliche Pflege sein. Dazu ist der Pflegebegriff neu zu definieren und umzusetzen. Das Leistungsniveau der Pflegeversicherung ist deutlich anzuheben und perspektivisch am individuellen Bedarf zu orientieren. Mit der solidarischen Bürger/innenversicherung könnte der finanzielle Spielraum geschaffen werden.

02.04.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9221](#)

Handwerksnovelle evaluieren, hohes Qualifikationsniveau sicherstellen

Mit der Handwerksnovelle 2004 wurden die umfangreichsten Änderungen seit Bestehen der Handwerksordnung (HwO) vorgenommen. Es versteht sich von selbst, die Auswirkungen einer solch umfassenden Reform grundlegend zu evaluieren. Manche Liberalisierungsschritte müssten zurückgenommen werden, um Ausbildungsleistung und Qualifikationsniveau zu sichern. Allerdings müssten Quereinstiege bei gleichwertiger Qualifikation erleichtert werden.

02.04.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9220](#)

Handwerkskammern demokratisieren und transparent gestalten

In den Handwerkskammern besteht eine Pflichtmitgliedschaft. Neben der Aufgabe der Interessenvertretung und Serviceangeboten nehmen die Handwerkskammern hoheitliche Aufgaben etwa im Bereich Ausbildung und Prüfungswesen wahr. Aus diesen beiden Gründen müssen die Handwerkskammern in besonderem Maße demokratischen Prinzipien genügen und transparent organisiert sein. Doch das ist nicht der Fall. Der Staat muss den Misständen durch engere Vorgaben an die Handwerkskammern begegnen.

26.04.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9358](#)

Auswirkungen durch den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Besteuerung von Sportwetten (Bundestagsdrucksache 17/8494)

Der Gesetzentwurf (GE) zur Besteuerung von Sportwetten hat neben einer steuerlichen Dimension auch eine suchtpreventive Dimension. Ziel des GE ist die Absorption des Schwarzmarktes im Glücksspielbereich. Dazu soll ein Steuersatz von 5% gewählt werden. Allerdings gibt es zahlreiche ungeklärte Fragen hinsichtlich der richtigen Steuersatzhöhe sowie der gewählten Bemessungsgrundlage. Diese und weitere offene Fragen werden abgefragt, um abzuschätzen, ob das Ziel des GE erreicht werden kann.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9357](#)

Schwierigkeiten bei der Anwendung von Kartellrecht bei den Krankenkassen

Die Bundesregierung fährt mit der Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der darin enthaltenen weitgehenden Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen in das Wettbewerbsrecht einen weiteren Angriff gegen den Sozialstaat. Dies tut sie bislang fast völlig ohne öffentliche Diskussion. Mit diesem Gesetz sollen Kassen mehr Unternehmenseigenschaften bekommen. So etwa durch Zuständigkeit der Amts- statt der Sozialgerichte und durch Kontrolle durch die Kartellbehörden statt die Versicherungsämter.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9356](#)

Entwicklung des europäischen Arbeitsmarktes seit Ausbruch der Finanzkrise 2007

Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa im Jahr 2007 ist der Arbeitsmarkt in Europa unter Druck gekommen. In den Krisenländern steigt die Arbeitslosigkeit, soziale Errungenschaften wie Mindestlöhne sind gefährdet, prekäre Beschäftigung nimmt zu. Vor allem die Jugend leidet darunter, es droht eine „verlorene Generation“. DIE LINKE fragt nach dieser Entwicklung und die Haltung der Bundesregierung.

Anträge, Anfragen & Initiativen

26.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9355](#)

Drogen und Verkehrssicherheit

In Ausgestaltung und Umsetzung der Regelungen zur Verkehrssicherheit gibt es berechtigte Zweifel an der tatsächlichen Zielsetzung. Es erschließt sich den Fragestellenden nicht, wieso Personen, die Cannabis oder andere Drogen konsumiert haben, auch dann ordnungs-, straf- und verwaltungsrechtlich belangt werden können, wenn ihnen keine Gefährdung der Verkehrssicherheit nachgewiesen werden konnte.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9354](#)

Das Rentenpaket - Inhalt, Ziele, Wirkungen

Das Rentenpaket ist das Ergebnis des Regierungsdialogs Rente, der an die Stelle der abgesagten Altersarmutskommission getreten war. Die zentralen Vorschläge – die Zuschuss-Rente, die Kombi-Rente, die Versicherungspflicht für Selbständige – sind weder zur Armutsbekämpfung, noch zur Armutsvermeidung und schon gar nicht zum Erreichen einer guten Rente geeignet. Die Kleine Anfrage soll die Untauglichkeit des Rentenpakets aufdecken.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9287](#)

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt und arbeitsbedingter Stress nehmen immer mehr zu. Daher ist es notwendig, die Bundesregierung zu fragen, in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen psychische Belastungen bei der Arbeit zu beobachten sind. Entscheidend ist auch die Frage, welchen Handlungsbedarf die Bundesregierung sieht und welche konkreten Schritte sie plant. Die Verminderung von psychischen Belastungen bei der Arbeit ist ein zentraler Faktor, um die Qualität von Arbeit zu verbessern.

24.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9353](#)

Getöteter deutscher Staatsbürger bei US-Drohnenangriff in Pakistan im Oktober 2010

Bei einem US-Raketenangriff auf ein Gebäude im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet in der Nähe der Stadt Mir Ali wurden am Abend des 4. Oktober 2010 auf pakistanischem Territorium mindestens der deutsche Staatsbürger Bünyamin Erdogan aus Wuppertal, ein Iraner aus Hamburg und drei Pakistaner getötet. Laut Informationen des Magazins stern, wusste das Bundeskriminalamt bereits am Tag nach dem Angriff entgegen anderslautender Angaben auf frühere Anfragen die Identität der Getöteten. DIE LINKE hakt kritisch nach.

24.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9350](#)

Angriffe auf Moscheen in Deutschland

In den letzten dreißig Jahren hat es in der Bundesrepublik über hundert kleinere und größere Anschläge mit Steinwürfen, Brandsätzen und sogar Schusswaffen gegen Moscheen gegeben. Schändungen und Anschläge auf Moscheen finden in den letzten Jahren vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Integrationsdebatte in der Bundesrepublik und Islamfeindlichen Kampagnen radikal rechter Parteien statt.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9349](#)

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: erstes Quartal 2012)

Polizeieinsätze im Ausland werden ein immer wichtigeres Gebiet der Außen-, aber auch der Militärpolitik. Sie unterliegen jedoch einer viel geringeren parlamentarischen Kontrolle als Bundeswehreinsätze und führen zumindest teilweise zu einer Vermischung von Polizei- und Militäraufgaben. DIE LINKE fordert einen Parlamentsvorbehalt für solche Einsätze. Die Kleine Anfrage, die einmal im Quartal gestellt wird, soll die wichtigsten Veränderungen in den Polizeieinsätzen aufzeigen.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9348](#)

Stattgefundenene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand: erstes Quartal 2012)

Sogenannte Amtshilfemaßnahmen und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr werden von der Bundesregierung immer häufiger zum Mittel genommen, die Bevölkerung an Inlandseinsätze des Militärs zu gewöhnen. Die Informationspolitik der Regierung ist mehr als unbefriedigend, so dass DIE LINKE quartalsmäßig die durchgeführten und bevorstehenden Einsätze abfragt.

19.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9325](#)

Die Bedeutung der Bekämpfung des Rassismus für die Bundesregierung

Rassismus ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern ein Problem der gesamten Gesellschaft. Die Politik der Bundesregierung wird weder inhaltlich noch formal den Anforderungen zur Bekämpfung des Rassismus gerecht. Im Zusammenhang mit dem 5. Integrationsgipfel forderten deshalb mehrere Organisationen die Bundesregierung auf, endlich das Thema Rassismus sowie die Ausgrenzung und Diskriminierung auf der Tagesordnung an erste Stelle zu setzen.

Anträge, Anfragen & Initiativen

18.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9324](#)

Musikveranstaltungen der extremen Rechten im ersten Quartal 2012

Musik ist das entscheidende Rekrutierungsmittel der extremen Rechten unter Jugendlichen. Mit der regelmäßig gestellten Kleinen Anfrage will die Linksfraktion die Aktivitäten der extremen Rechten in diesem Feld dokumentieren, die Öffentlichkeit sensibilisieren und die Arbeit antifaschistischer Akteure unterstützen.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9323](#)

Rechtsextreme Aufmärsche im ersten Quartal 2012

Erfragt werden soll eine statistische Aufstellung der Naziaufmärsche pro Quartal, unter Berücksichtigung der Veranstalter und der thematischen Ausgestaltung der Aufmärsche. Ziel der Kleinen Anfrage ist es, die wechselnde Mobilisierungsfähigkeit und -willigkeit der Naziszene zu dokumentieren und auch eine regionale Übersicht solcher Aufmärsche zu erhalten.

17.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9305](#)

„Strategische Fernmeldeaufklärung“ durch Geheimdienste des Bundes

Geheimdienste durchforsten Millionen E-Mails und Datenverbindungen und suchen nach „verdächtigen“ Schlagwörtern. Überwachte Verkehre dieser sog. „strategischen Fernmeldeaufklärung“ haben sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verfünffacht. Erlangte „Erkenntnisse“ sind marginal. Der Grundrechtseingriff vollzieht sich angeblich nur bei Verbindungen ins Ausland. Für den Internetverkehr ist diese Unterscheidung jedoch sinnlos. Der Telekommunikationsverkehr von Anwälten und Abgeordneten kann derart ausgeforscht werden.

16.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9297](#)

Tatsächliche Ausgestaltung des ungarischen Asylsystems

Aus Berichten von Menschenrechtsorganisationen geht eindeutig hervor, dass die Zustände im ungarischen Asylsystem nicht den Anforderungen des internationalen Flüchtlingsrechts entsprechen. Dennoch überstellt die Bundesrepublik Asylsuchende nach Ungarn, wenn diese dort in die EU eingereist sind. In einer früheren Antwort hatte die Bundesregierung allein die geltende Rechtslage in Ungarn dargestellt, war aber auf die berichteten tatsächlichen Defizite nicht weiter eingegangen.

16.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9288](#)

Einsetzung von Bund-Länder-Kommissionen zur Gesamtaufklärung der Morde der Jenaer Neo-nazi-Zelle

In dieser Kleinen Anfrage geht es um die Einsetzung der beiden Bund-Länder-Kommission durch Bundesinnenminister Friedrich zur angeblichen „Aufklärung“ von Fehlern in der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Offenbar arbeiten diese Kommissionen aber gar nicht. Sie sind lediglich dafür da, um Entschlossenheit im Kampf gegen Rechts vorzutäuschen. DIE LINKE hakt kritisch nach.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9286](#)

Verfassungswidrigkeit der Regelung zum Selbstverschulden in § 52 Absatz 2 und zur Datenübermittlung in § 294a Absatz 2 SGB V - Nachfrage

Der § 52 Abs. 2 Sozialgesetzbuch V ist ein Fremdkörper. Grundsätzlich werden alle medizinisch notwendigen Maßnahmen durch die Gesetzliche Krankenversicherung erbracht - unabhängig von der Ursache der Erkrankung beziehungsweise Verletzung. Diese Regelung schließt willkürlich Folgeerkrankungen von Schönheitsoperationen, Tätowierungen und Piercings aus. Das ist mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren. Da die erste Anfrage nicht vollständig beantwortet wurde, fragt DIE LINKE erneut nach.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9285](#)

Perspektiven junger Beschäftigter auf dem Arbeitsmarkt

Fast jede und jeder zweite Beschäftigte unter 25 Jahren ist mittlerweile im Niedriglohnsektor beschäftigt. Auch befristete Beschäftigung nimmt zu. Die Leiharbeit befindet sich derzeit auf einem konstant hohen Niveau. In den aktuellen Tarifaufinandersetzungen der IG Metall und von ver.di geht es insbesondere auch um Perspektiven für junge Beschäftigte nach der Ausbildung. Es stellt sich daher die Frage, wie es um die Arbeitsmarktperspektiven von jungen Beschäftigten derzeit bestellt ist.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9284](#)

Entwicklung der Jugendarmut

Kinderarmut hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Aus armen Kindern werden arme Jugendliche. Diese stehen kaum im Fokus der öffentlichen Armutsdebatte. Arme Jugendliche sind vielfältig aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und haben schlechte Zukunftsperspektiven. Vor diesem Hintergrund werden zahlreiche Daten zur Jugendarmut abgefragt.

Anträge, Anfragen & Initiativen

16.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9276](#)

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2012

In dieser aktualisierten Fassung der quartalsweisen Kleinen Anfrage zu ergänzenden Informationen zur Asylstatistik widmet sich die Linksfraktion neben den Fragen zu Dublin-Verfahren, tatsächlichen Anerkennungsquoten und der Zahl der Asyl-Widerrufe zwei neuen Fragen: in welcher Weise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am rechtswidrigen Einsatz von Videokonferenztechnik bei Asylanörungen festhält und wie viele Asylsuchende immer noch durch das Flughafenasylverfahren geschleust werden.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9273](#)

Reaktionen der Bundesregierung auf die finanzgerichtlichen Urteile zum Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften

Immer mehr Gerichte gestatten eingetragenen Lebenspartnerschaften von Lesben oder Schwulen die vorläufige Besteuerung nach dem Ehegattensplitting. Bund und Länder hatten daher bereits beschlossen, das Splitting für die Betroffenen auf Antrag zuzulassen. Doch dieser Beschluss wird von Bundesfinanzminister Schäuble blockiert, sodass nun die Zulassung in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt wird. DIE LINKE fragt nach diesbezüglichen Gründen, Folgen und Plänen der Bundesregierung.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9272](#)

Erkenntnisse über deutsche „Ku Klux Klan“-Vereinigung

Unter der Bezeichnung „Teutonische Ritter des Ku Klux Klan in Deutschland – Distrikt NRW“ wirbt eine Vereinigung im Internet für einen Kampf „für Sicherheit, Zusammenhalt, echte Werte und den Erhalt der eigenen Identität“. DIE LINKE erkundigt sich nach verfassungsschutzrelevanten Erkenntnissen über diese Vereinigung.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9271](#)

Umgang der Bundeswehr mit den gesundheitlichen Folgen der Verwendung von radioaktiver Leuchtfarbe

Über Jahrzehnte waren Bundeswehr- und NVA-Angehörige radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Bislang verweigerte sich die Bundeswehr einer großzügigen Anerkennungs- und Entschädigungspraxis. Es besteht der Verdacht, dass hinsichtlich der Risiken der Verwendung von radioaktiver Leuchtfarbe nicht alle verfügbaren Informationen offengelegt worden sind. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hierzu Auskunft zu geben und zu erläutern, wie die angekündigte Einrichtung einer Stiftung den Betroffenen helfen soll.

16.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9269](#)

Kostenbescheide der Bundespolizei an Asylsuchende, anerkannte Asylberechtigte und Flüchtlinge

Wie über eine Mitteilung von Pro Asyl bekannt wurde, erhalten über einen Flughafen eingereiste Asylsuchende einen Kostenbescheid über die Kosten ihrer Unterbringung im Transitgewahrsam und für ihre Zurückschiebung, wenn sie über einen anderen EU-Staat eingereist sind. Einige der Betroffenen erhalten Asyl oder Flüchtlingsschutz in Deutschland oder einem anderen EU-Staat, in den sie weiterreisen. Damit sind diese Kostenbescheide klar rechtswidrig.

11.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9251](#)

Umsetzung von Ankündigungen und notwendigen Maßnahmen zur Stärkung des finanziellen Verbraucherschutzes

Ankündigungen der Bundesregierung zu entscheidenden Maßnahmen wie der Verankerung des Verbraucherschutzes in der Finanzaufsicht warten seit Langem auf Umsetzung. Der Nachholbedarf im finanziellen Verbraucherschutz ist in Deutschland nach wie vor enorm. DIE LINKE fragt die Bundesregierung nach ihren Plänen für die verbleibende Wahlperiode.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9245](#)

Urheberrechtliche Situation, Open Data und offene Lizenzen bei Dokumenten und Inhalten der Bundesregierung

Der Bund tritt als Ersteller von urheberrechtlich geschützten Werken und Inhalten auf. Darunter fallen Produkte der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Dokumente und Datensätze. Bisher werden diese mit Steuermitteln erstellten Werke in der Regel nicht offen lizenziert, zum Teil sogar exklusiv über Verwerter etwa die private Bundesanzeiger-Verlag GmbH vermarktet. DIE LINKE fragt, warum die Bundesregierung keine Fortschritte in Richtung offener Lizenzierung und freier Nutzung erzielt.

05.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9244](#)

Ausweitung von ATALANTA auf das somalische Landgebiet

Die Kleine Anfrage der Linksfraktion soll Aufklärung über die genaue Ausgestaltung, die Dimension und die Gefahren durch die Ausweitung der Marine-Operation ATALANTA auf das somalische Festland bringen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/9362](#) vor.

Anträge, Anfragen & Initiativen

05.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9227](#)

Beitragssteigerungen bei Privaten Krankenversicherungen

Die private Krankenversicherung steckt in der Krise. Ungesteuertes Ausgabenwachstum und niedrige Zinsen führen zu rasant steigenden Versicherungsprämien. In der Kleinen Anfrage werden kritische Fragen zu diesem Geschäftsmodell an die Bundesregierung gerichtet.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9224](#)

Sittenwidrigkeit von Löhnen

Das Sozialgericht Berlin hat im vergangenen Jahr in einem Urteil festgestellt, dass Entgelte, die bei Vollzeit unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen, als sittenwidrig einzustufen und damit für Arbeitsuchende unzumutbar sind. Mit der Kleinen Anfrage prüft DIE LINKE, ob diese Entscheidung auch Einfluss auf die Vermittlung der Arbeitsagenturen und Grundsicherungsträger hat oder ob diese auch weiterhin in sehr niedrig entlohnte und damit sittenwidrige Arbeitsverhältnisse vermittelt.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/9321](#) vor.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9223](#)

Sanktionen und Leistungskürzungen bei Grundsicherungen

Ziel der Kleinen Anfrage ist es, die Entwicklung der Sanktions- und Leistungskürzungspraxis im SGB II und SGB XII zu verdeutlichen sowie die massenhaften fehlerhaften bzw. rechtswidrigen Sanktionen sowie Leistungskürzungen aufzudecken und zu thematisieren.

03.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9211](#)

Umfang von Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Jahr 2011

DIE LINKE kritisiert die umfangreichen Werbemaßnahmen der Bundeswehr als Teil der Militarisierung des Inlands. Zudem ist es höchst problematisch, Jugendlichen den Kriegsdienst als „Job“ anzupreisen. DIE LINKE will eine Komplettübersicht über Militärreklame im Jahr 2011. Wie und wo wurde geworben und wie teuer war das?

02.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9210](#)

Geschlechtsspezifische Berufswahl von jungen Frauen und ihre Situation im Ausbildungssystem

Die Berufswahl junger Frauen ist nachwievor stark geschlechtsspezifisch geprägt. In den meisten Berufsfeldern des dualen Systems sind sie daher stark unterrepräsentiert und im Vergleich zu Männern hinsichtlich der Vergütung und der Arbeitszeit häufiger benachteiligt. DIE LINKE will wissen, worin die Ursachen liegen, wie sich die Situation junger Frauen auf dem Ausbildungsmarkt insgesamt darstellt und welche Maßnahmen die Bundesregierung in dieser Hinsicht ergreift.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9209](#)

Einstufung der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen durch bekannte Neonazis als „unpolitische“ Straftat

Die Bundesregierung hat in Beantwortung einer früheren Anfrage eine Auflistung von Straftaten von mit Haftbefehl gesuchten Neonazis gegeben. Darin werden Delikte wie Volksverhetzung und das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen („Hitlergruß“ usw.) als nicht politisch motiviert verharmlost. DIE LINKE kritisiert dies als Manipulation der Statistik über Nazistrafaten und hakt kritisch nach.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9163](#)

Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer

Der Erfolg einer Finanztransaktionssteuer steht und fällt mit ihrer konkreten Ausgestaltung. Die EU-Kommission hat im September 2011 dazu einen Richtlinien-Entwurf vorgelegt. Es gibt eine ganze Reihe verschiedener Vorschläge, um eine möglichst breite Besteuerung durchzusetzen. Mit der Kleinen Anfrage soll die Position der Bundesregierung in Hinblick auf mögliche Schwachstellen und Vorschläge zur Behebung beziehungsweise Verbesserung abgefragt werden.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/9319](#) vor.

05.04.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9162](#)

Aufsicht des DPMA über die Verwertungsgesellschaften vor dem Hintergrund der urheberrechtlichen Bestimmungen zum Kopieren aus Schulbüchern

In der Kleinen Anfrage geht es um die Verteilung der Einnahmen, die von den Bundesländern für das Kopieren aus Schulbüchern gezahlt werden, zwischen Verlagen und Verwertungsgesellschaften. Vor dem Hintergrund von Auseinandersetzungen über entsprechende Verträge geht es darüber hinaus um urheberrechtlichen Reformbedarf im Sinne einer Entlastung der Bundesländer.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/9301](#) vor.



26.04.2012 SABINE STÜBER Gemeinsam die Elbe entwickeln

Die Elbe prägt unsere Kulturlandschaft. Sie ist über weite Strecken einer der naturnahsten Flüsse Deutschlands. Ob ein guter ökologischer Gewässerzustand, ein effizienter Hochwasserschutz oder ein attraktiver Wassertourismus, all das ist nur mit einer naturnahen Elbe zu erreichen. Die Entwicklung der Elbe als freifließender Fluss mit all seinen Nebenflüssen und angrenzenden Lebensräumen wäre für die Elbe eine völlig neue Perspektive.

26.04.2012 SABINE STÜBER Wir brauchen eine neue Flusspolitik

Sauberes Wasser ist für alle unverzichtbar. Nach EU-Recht soll bis 2015 die Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden. Das heißt, bis dahin soll für die europäischen Gewässer ein guter chemischer und ökologischer Zustand erreicht werden. Davon ist Deutschland derzeit meilenweit entfernt, und es gibt jede Menge unerledigte Hausaufgaben, die wir in unserem Antrag von der Bundesregierung einfordern. Wir brauchen eine neue Flusspolitik mit dem Ziel, die Ressource Wasser zu erhalten und unsere Flusslandschaften naturnah entwickeln.



26.04.2012 – DIANA GOLZE Das Betreuungsgeld ist der falsche Ansatz für eine moderne Familienpolitik

Es gab in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Vorschläge, mit denen die Regierung versucht hat, das Betreuungsgeld in ihren eigenen Reihen durchzusetzen und es den eigenen Kolleginnen und Kollegen schmackhaft zu machen. Es war die Rede von einer Koppelung an Vorsorgeuntersuchungen beim Kinderarzt und von höheren Rentenleistungen für Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind.

27.04.2012 – DIANA GOLZE Regierung kürzt bei der Jugendpolitik

Nun endlich liegt er vor, der lange angekündigte Antrag der Regierungsfractionen zur eigenständigen Jugendpolitik. Im Koalitionsvertrag von 2009 hatte man sich auf Aktivitäten dazu verständigt, inzwischen schreiben wir das Jahr 2012. Bislang widmete sich die Bundesregierung wenn überhaupt nur den Problemen, die Jugendliche machen und nicht den Problemen, die Jugendliche haben. Schauen wir uns also Ihre Vorhaben mal genauer an.

► weiterlesen [HIER](#)

► weiterlesen [HIER](#)

► weiterlesen [HIER](#)

► weiterlesen [HIER](#)



Sabine Stüber

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diersterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Diana Golze

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de



Dr. Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de





Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 11.05.2012.



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
Layout: K. Brückner